

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich nach dem Wilsdruffer Monat 2191. In der Besondere ist das Blatt für die Leser in Wilsdruff und Umgegend.



Das Blatt ist ein Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Die Redaktion befindet sich in der Wilsdruffer Straße 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der öffentlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt des Finanzamts Roffen sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 272 — 97. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Donnerstag, den 22. November 1938.

Hier Idealisten, dort Schurken und Gauner

Von Karl J. Albrecht,

Hier spricht ein Mann, der 10 Jahre lang als hoher Staatsbeamter der UdSSR in das innere Gerichte der bolschewistischen Weltleitung Einblick gehabt hat. Sein umfassender Bericht zerreißt zum erstenmal den Schleier der Unkenntnis, der künstlich gefördert von den bolschewistischen Machthabern, die Verbrechen des Bolschewismus vor den Augen Europas und der Welt schützte. Der Bericht ist grandios in seiner trappanten Wirklichkeitstreue und erschütternd in seinem tragischen Ablauf. Am erschütterndsten, daß die, die einmal gelobt haben, durch Streiks und Bestrafung ihrer eigenen Volkswirtschaft eine neue Welt sozialer Gerechtigkeit zu errichten, nun sehen müssen, daß sie abgrundlose Schachfiguren auf dem Brett bolschewistischer Vernichtungspolitik und rassistischer Herrschaft waren.

Die Regie des V. Weltkongresses wurde zweifellos mit unübertrefflichem Geschick von der kommunistischen Partei der Sowjetunion durchgeführt. Damals konnte ich ebenso wenig wie die übrigen Teilnehmer des Kongresses ahnen, daß tatsächlich noch andere geheime Ziele und eine wohl durchdachte Plannachfolge bei allen diesen Beschüssen über so mahnende revolutionäre Aktionen im Ausland vorhanden waren. Niemand von uns ausländischen Kommunisten wußte, daß in der Kominternleitung ganz bestimmte Absichten vorlagen, in diesem oder jenem Lande diese oder jene revolutionäre Aktion vorzubereiten, deren Durchführung absolut nichts mit der Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse zu tun hatte.

Die Leitung der kommunistischen Partei der UdSSR, aus deren Mitgliedern sich gleichzeitig die Sowjetregierung zusammensetzte, verfolgten in der Tat besondere Zwecke, als sie diesen Kongreß und noch weitere derartige internationale Treffen überzeugter Parteigänger veranstaltete. Meine Parteifreunde in der Parteileitung erklärten mir später offen die eigentlichen Hintergründe dieser Kongresse. Die Wirtschaft der Sowjetunion lag arg daneben. Die Organisierung eines geeigneten Abfahrs der von der Bauernschaft erzeugten landwirtschaftlichen Produkte auf dem Auslandsmarkt wollte ebenso wenig gelingen wie der Verkauf von Holz, Kaphtha und anderen Rohstoffen oder Halb- und Fertigfabrikaten in nennenswerten Mengen ins kapitalistische Ausland. Die Welt wollte von einem Handel mit der Sowjetunion damals noch nicht viel wissen. Dem mühte abgeholfen werden. Um die erforderliche Drehscheibe in diese Revolutionsfront zu schlagen, mußten die gutgläubigen Parteigänger der ausländischen kommunistischen Parteien ausgenutzt werden. Sie wurden auf diesen Parteikongressen aufgefordert, gegen „die Kapitalisten und deren Regierungen“ durch revolutionäre Kampfschlachten in ihrer Heimat vorzugehen. Das Ziel war dabei, die Wirtschaft dieser Länder durch Streiks, Aufstände, unnützte Lohnforderungen u. dgl. zu schwächen und, wenn möglich, lahmzulegen. Es wurde dabei nach ganz bestimmten Gesichtspunkten verfahren. Die Delegierten der verschiedenen Länder wurden in Nachgruppen, Sektionen, aufgeteilt, z. B. Sektion für Metallbearbeitung, Landwirtschaft, Holzindustrie und Waldwirtschaft, Kaphthagebiet, Bergbau usw. In diesen Sektionen wurde durch sowjetische Redner in maßloser Hyperbolik die andächtige und dann „einmütig“ beschlossene, diese oder jene Handlung sofort nach Eintreffen in die Heimat unverzüglich oder zu einem bestimmten Zeitpunkt durchzuführen. Keiner der Delegierten, abgesehen von den von Moskau besonders beliebten Partei- und Delegationsführern, ahnte dabei, daß es lediglich schwere wirtschaftliche Sorgen waren, welche die kommunistische Parteileitung der Sowjetunion veranlaßt hatten, gerade zu dem festgelegten Zeitpunkt Streiks etwa in der Waldwirtschaft Finnlands, Schwedens, Kanadas, Polens und anderer konföderierender Holzexportländer anzusetzen, um dort die Arbeiten in den Waldgebieten oder Holzbearbeitungsbetrieben lahmzulegen und so den Export unmöglich zu machen.

Ebenso waren die Streiks und andere revolutionäre Handlungen, die unnützigen Lohnforderungen im Bergbau, in der Erzförderung, in der Holzwaren-, Papier- und Zelluloseindustrie, von der Kominternleitung oder der roten Gewerkschaftsinternationale absolut nicht im Interesse der Werktätigen dieser Wirtschaftszweige angeordnet worden. Diese Hege entsprang stets den sehr profanen Wünschen der Sowjetmachtgeber im Streik und hatte das Ziel, günstige Konjunktur für den bolschewistischen Export zu schaffen. Abermals wurde ausländischer Arbeiter führten in ehrlichem Glauben an ihre revolutionäre Mission einen vermeintlichen wirtschaftlichen Existenzkampf gegen ihre Unternehmer und gerieten in schwere Konflikte mit den Regierungen ihrer Länder. Es entstanden Millionenverluste an Lohnausfall für die Arbeiter selbst, gewaltige, nicht mehr wiederzumachende Schäden für die Wirtschaft ihrer Heimatländer. Das Ziel der Sowjetführer war erreicht: ganze Industrien wurden von den Weltmärkten als „unzuverlässige Lieferanten“ auf lange Zeit verdrängt. Die

Die Grenze endgültig festgelegt

Bereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und der Tschecho-Slowakei — Die beiderseits durchzuführende Räumung und Besetzung erfolgt am 24. November

Zwischen der deutschen und der tschecho-slowakischen Regierung ist eine Einigung über die Festlegung der Grenzen zwischen dem Deutschen Reich und der Tschecho-Slowakischen Republik zustande gekommen. Das Protokoll über diese Einigung ist am 20. November in Berlin im Auswärtigen Amt unterzeichnet worden.

Gleichzeitig ist ein Vertrag über Staatsangehörigkeit und Optionsfragen und eine Erklärung über den Schutz der beiderseitigen Volksgruppen unterzeichnet worden.

Am Montag, dem 21. November, hat eine Sitzung des Internationalen Ausschusses stattgefunden, der in dem Münchener Abkommen vom 29. September eingesetzt worden ist. In der Sitzung wurde dem Internationalen Ausschuss die Einigung zwischen der deutschen und der tschecho-slowakischen Regierung über die Festlegung der endgültigen Grenze zwischen dem Deutschen Reich und der Tschecho-Slowakischen Republik zur Kenntnis gegeben, die der Ausschuss im Sinne der Ziffer 6 des Münchener Abkommens bestätigt.

Die nach dem Grenzfestsetzungsprotokollen an einzelnen Stellen beiderseits durchzuführende Räumung und Besetzung erfolgt am 24. November.

Am Sonnabend, dem 19. November, war bereits im Auswärtigen Amt eine Vereinbarung zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei über eine auf tschecho-slowakischem Staatsgebiet zu bauende Durchgangsaubahn als Verbindung zwischen Schöten und der Tschecho-Slowakei und eine Vereinbarung über den Bau eines Verbindungskanals zwischen der Donau und der Oder unterzeichnet worden. Ferner ist der Ueberflugverkehr über tschecho-slowakisches Gebiet geregelt worden.

Die deutsche Regierung hat den Generalinspektor für das deutsche Straßennetz, Dr. Ing. Fritz Todt, die tschecho-slowakische Regierung den Minister für öffentliche Arbeiten, Husárek, ermächtigt, mit der Vorbereitung und den Bauarbeiten sofort zu beginnen.

Vertretend den Ober-Donau-Kanal ist das Einvernehmen der deutschen und der tschecho-slowakischen Regierung über die grundsätzlichen Fragen im Hinblick auf die gemeinsame Finanzlastnahme dieses Kanals ergiebt worden. Zweis. Aufstellung der technischen Grundlagen für Bau und Betrieb wird eine Sachverständigenkommission zusammenzutreten. Ein späterer Anschluß der Elbe an den Kanal ist in Aussicht genommen.

Die beiden Verkehrslinien der Erleichterung des Personen- und Handelsverkehrs zwischen den beiden Teilen Deutschlands, die durch das tschecho-slowakische Gebiet getrennt sind, die getroffene Regelung und die vorgegebene Lösung betrifft den deutschen Verkehr von zeitverändernden Formaten und ständigen Kontrollen. Die Durchgangsaubahn mit Anschlüssen an das tschecho-slowakische Straßennetz soll dem gesamten deutschen und tschecho-slowakischen Kraftfahrzeugverkehr kostenlos zur Verfügung stehen und dient somit der Förderung des Verkehrs zwischen beiden Ländern. Auf der Durchgangsaubahn, die territorial ist, wird ein durchgehender Pass- oder Zollkontrolle unbehinderte Verkehr von Breslau nach Wien auf dem kürzesten Weg möglich sein.

Die Bauausführungen der geplanten Durchgangsaubahn und des Ober-Donau-Kanals bilden für die von der tschecho-slowakischen Regierung in Angriff genommene Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine wesentliche Unterstützung.

Wieder zunehmender Deutschenhaß in Prag

Was sagt die tschecho-slowakische Regierung dazu?

Der von einer gewissen Zentralkette in Antikommunisten Kreisen proklamierte Deutschenhaß kommt in Prag erneut stärker zum Durchbruch. Nicht nur, daß alle deutschsprachigen Aufschriften u. dgl., soweit sie z. B. in deutschen Instituten usw. vorhanden waren, zerstört und vernichtet werden, werden bereits wieder deutschsprachige Passanten auf der Straße von dunklen Gestalten angepöbelt und lässig angefallen. In den Cafés hängen werden alle Gäste, die sich der deutschen Sprache bedienen, derart angeekelt, daß sie es vorziehen, die Folge zu verlassen. Selbst deutsches Eigentum wie parkende Automobile mit dem Kennzeichen des Deutschen Reiches (!) sind das Angriffsziel. Abgesehen, die an das Deutsche Reich oder einen deutschen Verband erinnern, werden überall abgefragt, die Wagen beschlagnahmt u. dgl.

Ein besonders trauriger Fall, der berechtigtes Zeugnis von dem Anschwellen des Deutschenhasses in Prag ablegt, hat sich in der Nacht auf Sonnabend im Zentrum Prags auf der sogenannten Kettenbrücke zgetragen.

Eine Gruppe Deutscher, die sich auf dem Heimweg

befand, wurde von einem tschechischen Rowdy überfallen. Es wurden zwei deutsche Beamte und deren Frauen ernstlich verletzt. Der Deutsche H. wurde derart am Kopf und am Auge verwundet, daß er jetzt noch ärztliche Hilfe beanspruchen muß. Der andere deutsche Beamte K. wurde so lange geschlagen, bis er bewusstlos zusammenbrach. Er fiel infolge des starken Blutverlustes auf der Waghöhe ein zweitesmal in Ohnmacht. Die Frauen der Verletzten zeigen noch Spuren der Mißhandlungen. Trotz aller Anstrengung hat die Prager Polizei den Namen des Täters bisher noch nicht bekanntgegeben und verweigert auch weiter seine Namensnennung.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Elemente, die an der Völkerverfeindlichkeit Interesse haben, wieder die Oberhand bekommen und die Polizei nicht entsprechend durchgreift.

Die unfreundliche Behandlung der bisher in der Tschecho-Slowakei wohnenden Deutschen bei den staatlichen Behörden ist bezeichnend. Es scheint, daß die politischen Ereignisse der letzten Zeit noch nicht deutlich genug gewirkt haben.

Beleidigung des Führers

Zum Tode der Königin Maud von Norwegen

„Aus Anlaß des Ablebens der Königin von Norwegen richtete der Führer und Reichskanzler das nachstehende Telegramm an den König von Norwegen: „In dem schmerzlichen Verlust der Eure Majestät und das königliche Haus betroffen hat, bitte ich Eure Majestät, den Ausdruck meiner herzlichsten Anteilnahme entgegenzunehmen.gez. Adolf Hitler.“

Der Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, übersandte dem königlich norwegischen Minister des Auswärtigen, Rødt, folgendes Telegramm: „Eurer Erzellenz spreche ich anlässlich des unerwarteten Ablebens Ihrer Majestät der Königin von Norwegen meine und der deutschen Reichsregierung aufrichtigste Anteilnahme aus.“

Coulondre in Berchtesgaden

Der Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, empfing den neuen französischen Vosschafter in Berlin, Robert Coulondre. Wie bekannt wird, wird sich der französische Vosschafter zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens zum Führer und Reichskanzler nach Berchtesgaden begeben.

letzten Leidtragenden waren immer die Werktätigen der betreffenden Länder.

Von alledem hatten die Ehrlichen unter den Delegierten keine Ahnung. Die schlauen, besonders sorgfältig ausgesuchten, meist sprachkundigen, also agitatorisch wertvolle Dienste leistenden Delegierten der sowjetischen kommunistischen Partei hatten die Anweisung, sich vorsichtig zurückhalten. Die meist jüdischen Leiter der einzelnen Fachsektionen verstanden es, in demagogisch gefärbter Verhandlungsführung die ausländischen Delegierten selbst zu immer wilderen Sabotagevorschlägen gegen ihre eigene Heimatindustrie, gegen ihre eigene Volkswirtschaft anzuleiten und einzuschlagen, ohne daß die Delegierten merken konnten, daß sie bloß armselige Marionetten Moskaus waren.

Ich hatte damals selbst noch keine Ahnung von dieser schändlichen, erbärmlichen Ausnutzung der ausländischen kommunisten, die als Idealisten nicht auf den Gedanken zu kommen wagten, sie seien lediglich mit allen Künften marxistischer Demagogie und allen Raffinessen marxistischer jüdischer Dialektik bediente Werkzeuge der Sowjetrepublik. Ich dachte wie sie alle. Wir alle hatten den festen Glauben, daß das, was uns hier gesagt, was uns hier vorgeführt wurde, den wirklichen Tatsachen entsprach, und daß alle diese Beschüsse nur dem Wohl und einer besseren Zukunft der Werktätigen der Welt und unserer Länder dienen mußten.

(Aus dem soeben im Ribbelungsverlag erschienenen Buch K. J. Albrecht: „Der verrätene Sozialismus“.)